



FDP | 27.06.2013 - 12:30

Schwarz-Gelb macht's vor: Der Staat braucht keine höheren Steuern



Rekordsteuereinnahmen, ein ausgeglichener Haushalt und Entlastung der Mitte: Das Ergebnis von vier guten Jahren für Deutschland, meint **Patrick Döring**.

Seit Wochen zeichnet sich bereits ab, dass Rot und Grün zusammen nicht einmal mehr Zustimmung erzielen können als die Union alleine. „Eine eigenständige rot-grüne Mehrheit rückt damit in weite Ferne“, freut sich der FDP-Generalsekretär [im Interview mit der „Neuen Westfälischen“](#) [1]. Döring ist überzeugt, dass die Freidemokraten ein ordentliches Wahlergebnis von sieben bis zehn Prozent erarbeiten werden. Dies ist auch nötig, damit sichergestellt ist, dass es keine rot-grüne Minderheitsregierung gibt, die sich von der Linkspartei tolerieren lässt, erklärt der Liberale.

Dass Schwarz-Gelb am Dienstag einen strukturell ausgeglichenen Haushalt im Kabinett verabschiedet habe, sei ein riesiger Schritt nach vorn. „Das besitzt Vorbildcharakter für Europa und ist das Ergebnis von vier guten Jahren für Deutschland“, erklärt Döring. Zudem [beweise Schwarz-Gelb damit, dass gute Staatsführung](#) [2] keine höheren Steuern brauche. Denn trotz reduzierter Ausgaben seien Verbesserungen für die Menschen durchgesetzt worden, wie die Erhöhung der Kinderfreibeträge oder der Wegfall der Praxisgebühr.

10 Gründe

weshalb unser Land auf einem guten Weg zu soliden Haushalten ist

Schulden schwächen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Stabilität eines Landes. Das zeigt die Schuldenkrise in Europa. Darum wollen wir ein schuldenfreies Deutschland. Das ist auch ein Gebot der Fairness gegenüber unseren Kindern und Enkeln: Wir wollen nicht über unsere Verhältnisse leben, sondern in die Zukunft investieren. Damit unser Land besser wird. Dabei sind wir bereits heute auf einem guten Weg. Den wollen wir weiter gehen.

- 1. Wir gleichen den Bundeshaushalt aus.** Für das Jahr 2014 haben wir erstmals seit 40 Jahren einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt vorgelegt.
- 2. Wir halten die Schuldenbremse ein.** Wir haben dafür gesorgt, dass die Schuldenbremse bereits 2012 eingehalten wird – vier Jahre früher als geboten.
- 3. Wir senken die jährliche Nettokreditaufnahme.** Wir haben gegenüber dem zuletzt von Peer Steinbrück aufgestellten Bundeshaushalt die Neuverschuldung um rund 80 Mrd. Euro gesenkt.
- 4. Wir beginnen mit dem Abbau der Schulden.** 2016 wollen wir fünf Milliarden Euro zurückzahlen. 2017 dann über neun Milliarden. Wir drehen die Schuldenuhr zurück!
- 5. Wir begrenzen die Ausgaben des Bundes.** Wir geben weniger aus als zu Beginn dieser Legislaturperiode (exakt 15 Milliarden Euro). Das gab es noch nie.
- 6. Wir senken die Staatsquote.** Wir haben beim Bund über 11.000 Stellen abgebaut. Allein die Reform der Entwicklungsorganisationen spart über 300 Stellen. Insgesamt haben wir die Staatsquote von 48,1 (2009) auf 45,2 (2013) Prozent gesenkt.
- 7. Wir verhindern neue Subventionen.** Wir haben Milliardenhilfen für Großkonzerne (Opel, Schlerker, Karstadt) gestoppt und die Soziale Marktwirtschaft gestärkt.
- 8. Wir sind ein Vorbild für Europa.** 2012 haben wir gesamtstaatlich – das heißt: Bund, Länder, Kommunen und Sozialsysteme – einen Überschuss von vier Milliarden Euro erarbeitet. Das bedeutet: Unser Maastricht-Wert liegt mit 0,2 Prozent im Plus.
- 9. Wir investieren in die Zukunft.** 13 Mrd. Euro haben wir zusätzlich in Bildung und Forschung investiert. Wir haben außerdem zusätzliches Geld für Investitionen in die Infrastruktur und den Ausbau von Kindertagesstätten bereitgestellt.
- 10. Wir entlasten Bürger und Unternehmen.** Wir haben steuerlich entlastet, den Rentenbeitrag deutlich gesenkt, die Praxisgebühr abgeschafft und Bürokratie abgebaut. In den letzten drei Jahren haben wir dadurch Bürger und Unternehmen um rund 22 Mrd. Euro entlastet und dadurch auch das Wachstum gestärkt.

Stand: Juni 2013

Nur mit uns.



Mütterrente nicht aus Rentenkasse finanzieren



FDP drängt auf die Senkung des Rentenbeitrags im kommenden Jahr.

Durch das Plus in allen Sozialkassen sollen auch 2014 die Rentenbeiträge wieder gesenkt werden. In der Union wird allerdings darüber diskutiert, ob [die Überschüsse nicht in eine verbesserte Mütterrente investiert](#) [3] werden sollten. Die Liberalen lehnen eine Umverteilung der Rentenbeiträge ab, denn das Geld gehöre den Beitragszahlern. Außerdem sei gesetzlich vorgesehen, dass die Beiträge, wenn die Rücklagen die Ausgaben von 1,5 Monaten übersteigen, gesenkt werden.

Döring betont im Interview, dass im deutschen Rentensystem die lohnbezogenen Beiträge entscheidend für die spätere Rentenhöhe seien. "Die Umverteilung führt unweigerlich in die Einheitsrente", warnt der Liberale. Für die Mütterrente müsste die Union deshalb eine Gegenfinanzierung aus dem Bundeshaushalt, also aus Steuermitteln, vorlegen.

Arbeit der Nachrichtendienste bedarf parlamentarischer Kontrolle

Mit Blick auf die [Enthüllungen um das britische Internet-Spähprogramm Tempora](#) [4] fordert Döring detaillierte Aufklärung und „dass die Aktivitäten der Geheimdienste in den nationalen Parlamenten genauso kontrolliert werden wie bei uns“. Die Überprüfung der Geheimdienste im parlamentarischen Kontrollgremium habe sich in Deutschland bewährt. Dadurch sei Missbrauch verhindert worden.

Döring räumt ein, dass Deutschland zur Bekämpfung von Terrorismus auf geheimdienstliche Informationen angewiesen sei. „Nur darf das nicht im rechtsfreien Raum und völlig unverhältnismäßig geschehen. Die Arbeit der Nachrichtendienste bedarf sowohl einer gesetzlichen Grundlage als auch einer parlamentarischen Kontrolle“, unterstrich der FDP-Generalsekretär.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/schwarz-gelb-machts-vor-der-staat-braucht-keine-hoeheren-steuern#comment-0>

Links

[1] <http://www.liberale.de/content/doering-interview-fuer-die-neue-westfaelische-1> [2] <http://www.liberale.de/content/deutsche-wirtschaft-weiterhin-robust> [3] <http://www.liberale.de/content/das-geld-gehört-den-beitragszahlern> [4] <http://www.liberale.de/content/vorratsdatenspeicherung-nicht-besser-als-prism>

